

# **Thesen Arbeitsgruppe IV**

## **Bürgerkommune und Wandel des Kommunalen Ehrenamtes**

### **Vorbemerkungen:**

Mit dem Beschluss „Wir in Europa, wir in den Kommunen“ hat die PDS sich dazu bekannt, sich für die Herausbildung von Bürgerkommunen zu engagieren und um eine Reform der Kommunalpolitik zu streiten. In der Arbeitsgruppe macht es sich nunmehr erforderlich, Wesensmerkmale einer Bürgerkommune zu bestimmen und Notwendigkeit und Zielrichtung der Reform der Kommunalpolitik zu diskutieren. Darauf aufbauend soll die Bedeutung sowohl für den kommunalen Wahlkampf als auch für das kommunale Wahlprogramm und die künftige Rats- bzw. Kreistagsarbeit verdeutlicht werden. Zur weiteren Vertiefung des Themas wird auf der Konferenz Material ausgehändigt, eine Übersicht weiterführender Literatur angeboten.

### **I.**

#### **Die Herausbildung einer Bürgerkommune**

Als Arbeitsgrundlage wird folgendes Verständnis für ein Leitbild „Bürgerkommune“ vorgeschlagen:

**Das Leitbild Bürgerkommune zielt auf eine neue Qualität der Kooperation zwischen öffentlichem Sektor, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Es geht um die Sicherung des Kommunalen in einer globalisierten Welt. Es geht um die Notwendigkeit und Entwicklung des sozialen Zusammenhaltes in der Gesellschaft. Im Mittelpunkt der Entwicklung einer Bürgerkommune steht die umfassende Förderung des gesellschaftlichen Ehrenamtes und die direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen. Die Bürgerkommune ist kein bestimmter Zustand, sie zu gewährleisten ist ein Prozess.**

##### **1. Bürgerkommune ein möglicher Ausweg aus der „Politikverdrossenheit“?!**

Wir beklagen die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger. Handelt es sich nicht vielmehr um eine Wahlen- und Parteienverdrossenheit? Die wachsende Zahl der Wählergemeinschaften und sonstiger Listenverbindungen sind eher ein Ausdruck dafür, dass gesellschaftlich organisierte und engagierte Kräfte den Parteien nicht (mehr) zutrauen, für gesellschaftliches Engagement die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die unterschiedlichen Interessen aufzugreifen, abzuwägen und zu bündeln, um sie dann gemeinwohlorientiert durchzusetzen. Zunehmend befinden sich unter der Nichtwählerschaft sehr wohl auch Menschen, die gesellschaftlich organisiert und aktiv sind. Einen Ausdruck, dem zu begegnen, stellen die wachsenden Zahlen von Wählergemeinschaften und das Drängen von gesellschaftlichen Organisationen auf die Listen zur Kommunalwahl dar. Nur die konsequente Ausrichtung der Kommunalpolitik auf die Gestaltung einer Bürgerkommune stellt gegenwärtig eine der wenigen Möglichkeiten auf kommunaler Ebene dar, der Wahlen- und Parteienverdrossenheit zu begegnen.

## **2. Ziel „Bürgerkommune“ verleiht der PDS eigenes Gesicht im Wahlkampf**

Mit dem Konzept der Bürgerkommune könnte sich die PDS im Kommunalwahlkampf deutlich von anderen Parteien abheben, weil im Unterschied zu anderen Regionen dieses Konzept in Sachsen-Anhalt bisher nicht öffentlich diskutiert und umgesetzt wird. Parteiübergreifend wird die Bedeutung der Herausbildung einer Bürgergesellschaft anerkannt, allerdings auch kontrovers diskutiert. Nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb der Parteien, auch in der PDS. Insbesondere die Frage unter welchen Bedingungen die Verlagerung von Handeln und Verantwortung aus dem kommunalpolitischen Bereich in die Gesellschaft, also hin zu Bürgerinnen und Bürgern und deren gesellschaftliche Organisationsformen eine akzeptierte und gewollte Form gesellschaftlicher Teilhabe darstellt, ist nach wie vor nicht ausdiskutiert. Dennoch setzt sich zunehmend die Meinung durch, dass die Entwicklung einer Bürgerkommune eine der Schlüsselfragen zur Sicherung und Entwicklung von Nachhaltigkeit des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft darstellt. So verfolgt und verwirklicht die PDS Berlin sehr konsequent das Konzept der Bürgerkommune und hat dementsprechende Gesetzesregelungen vorgelegt. Durch die Erarbeitung eines Leitbildes „Bürgerkommune“ konkret für die Kommune und begleitende Aktivitäten im Landtag würde es zu einem Alleinstellungsmerkmal für die PDS kommen.

## **3. Die Bürgerkommune als Ziel linker Kommunalpolitik erfüllt den ständig artikulierten Anspruch der Bürgernähe mit neuem Leben und hat die Chance glaubhaft zu sein.**

Die PDS hat stets Bürgernähe als ein erklärtes Ziel ihrer Kommunalpolitik benannt und sich in unterschiedlicher Intensität auch darum bemüht, so wie andere politische Parteien mit unterschiedlichem Erfolg auch. In den wenigsten Fällen wurde Bürgernähe aber als eine „kommunalpolitische Strategie erarbeitet und zum ständigen Prinzip der Kommunalpolitik gemacht. Alles in allem blieb die Bürgernähe von Politik und Verwaltung umsetzungsschwach. Es fehlten Anreize, Zwänge und Kontrollmechanismen. Dem Konzept der Bürgerkommune muss nicht gleiches Schicksal drohen, wenn die rechtlichen, konzeptionellen und strukturellen Voraussetzungen im Land und vor Ort geschaffen werden. Dies vorausgesetzt ist Bürgerbeteiligung und Teilhabe eine dringend notwendige, weiterentwickelte Form der Bürgernähe.

## **4. Die herkömmlichen kommunalen Rahmenbedingungen und Beteiligungsformen können den Wandlungsprozessen des gesellschaftlichen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern nur noch sehr bedingt gerecht werden.**

Um das Konzept der Bürgerkommune zu verwirklichen, bedarf es der Beachtung der Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements, in deren Mittelpunkt engagierte Bürgerinnen und Bürger stehen. Dabei sind folgende Entwicklungen zu beachten:

- Es kam zu einem Strukturwandel in der Motivation für gesellschaftliches Engagement. Menschen sind nicht mehr so häufig ein Leben lang einem Verein verpflichtet, sie fühlen sich eher spontan und projektbezogen motiviert.
- Zunehmend mehr Wert wird darauf gelegt, dass eigenes Engagement zur jeweils konkreten Lebenssituation passt.

- Das Engagement wird mehr mit dem Bedürfnis nach Eigenverantwortung und Selbstbestimmung verbunden. Es werden neuartige Anforderungen an Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erwartet.

Das hat Konsequenzen für zukünftige Strategien und Maßnahmen zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements. Althergebrachte kommunalpolitische Beteiligungsverfahren werden dem nur noch sehr bedingt gerecht. Bürgerschaftliches Engagement bedarf einer unterstützenden kommunalen Verwaltung, die nicht durch unnötige bürokratische Auflagen reglementiert und hemmt, sondern schützt und ermöglicht.

### **5. Schwierige Entscheidungen auf Bürgerinnen und Bürger verlagern, Ausdruck von Demokratie oder Flucht vor der eigenen Verantwortung der KommunalpolitikerInnen?**

Während der Wert des gesellschaftlichen Engagements und die Notwendigkeit seiner Förderung heute unumstritten sind, allein die umfassende konkrete Herausbildung und Förderung durch die Kommunalpolitik erhebliche Mängel aufweist, werden Formen direkter Demokratie nach wie vor heiß umstritten. Dies trifft auch für die PDS zu. Sind Bürgergutachten, Bürgerhaushalte, Bürgerentscheide die Flucht der KommunalpolitikerInnen vor schwierigen Entscheidungen oder ist es legitim dies in die Hände der BürgerInnen und Bürgern zu legen? Sollen bei knappen Kassen nun die Bürger entscheiden, welche Einrichtung als erste geschlossen wird? Direkte Teilhabe an Entscheidungsprozessen ist ein Eckpfeiler der Bürgerkommune.

## **II.**

### **Wer Veränderungen einfordert, beginnt bei sich. Neue Herausforderungen und ein Wandel im Ehrenamt**

Auch die PDS steht vor dem Problem, dass die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalpolitik wachsender Anstrengung bedarf. Die erforderliche Zeit für diese Arbeit, die Effizienz der Kommunalpolitik, die verbliebenen Spielräume für kommunales Agieren und die tendenziell immer geringer werdende Anerkennung durch die Öffentlichkeit halten viele davon ab sich kommunalpolitisch zu engagieren.

#### **1. Selbst dafür sorgen, dass ein kommunales Ehrenamt attraktiver wird**

Der Wahlkampf, die Vorbereitung der KandidatInnen und der Beginn einer neuen Wahlperiode für kommunale MandatsträgerInnen sind ein günstiger Zeitraum, neue Ideen, Arbeitsweisen und Zielstellungen in die kommunale Mandatsarbeit einzubringen und zu verwirklichen. Die PDS sollte diese Chance jetzt nutzen. Sie würde dieses Thema als erste Partei thematisieren und ggf. über diesen Anspruch mehr KandidatInnen werben können. Andererseits könnten neue Arbeitsweisen auch gestandenen KommunalpolitikerInnen wieder neue Impuls verleihen.

## **2. Den neuen Herausforderungen mehr Beachtung schenken**

Wissenschaftliche Studien belegen, dass die neuen Herausforderungen in der Kommunalpolitik insbesondere aus folgenden Faktoren bestehen:

- beschleunigter Aufgabenwandel bei zunehmender Komplexität und gegenseitiger Verflechtung
- ein überwiegend schlechtes Image in der Bevölkerung, „Politikverdrossenheit“
- ein immer komplizierter werdender Umgang mit den Medien, der neue Wege und Formen der Profilierung erfordert
- die Reformen der Verwaltung sind nahezu an den Bedürfnissen der Politik vorbei gegangen, es droht eine „Management-Herrschaft“ der Verwaltung

## **3. Die Reaktion darauf ist der Weg von der Verwaltungs- zur umfassenden Politikreform**

Alle grundlegenden Reformen auf kommunaler Ebene vollzogen sich innerhalb der Verwaltung, während die Politik im wesentlichen unverändert blieb. Um den neuen Herausforderungen gewachsen zu sein ist es erforderlich, Eckpfeiler einer Politikreform auf kommunaler Ebene zu diskutieren. Sie bestehen im wesentlichen:

- in der Demokratisierung der Kommunalverwaltungen – Ausrichtung auf die Anforderung zur Umsetzung der Bürgerkommune und auf die effiziente Kommunikation mit den KommunalpolitikerInnen
- Personalarbeit in der Kommunalpolitik
- Effektivierung der Rats- und Fraktionsarbeit

**Um diese neuen Herausforderungen und die Eckpfeiler einer Politikreform konkret zu untersetzen, stellen die Anregungen der Polisstudie einen geeigneten Weg dar. Die Auftaktdiskussion in der Arbeitsgruppe und die Aushändigung von Material soll die Grundlage für eine mögliche Umsetzung vor Ort bilden.**

Helga Paschke